

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 233

Neuenbürg, Dienstag den 7. Oktober 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

München, 6. Oktober. Nach der Drohung der kommunistischen Parteileitung mit militärischen und terroristischen Gewalttaten, falls die Partei weiter unterdrückt werde, ist die unabhängige Neue Zeitung in München, die diese Proklamation zu veröffentlichen sagte, am Sonntag, den 4. Oktober bis auf weiteres vom Postamtverbot verboten, das Verbot aber am Sonntag, den 5. Oktober auf Befehl des Ministerpräsidenten Hoffmann wieder rückgängig gemacht worden.

Das wäre also der neueste Regierungsskandal in Bayern: Der Ministerpräsident schützt Sportplatz. Wozu das führen muß, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Herr Hoffmann will sich offenbar die verführerische politische Lage, die ohnehin zur Volksbefragung durch Neuwahlen drängt, zu Nutzen machen. Die Lage ist durch diesen neuen, unerhörten Skandal noch gespannter geworden.

Kassel, 6. Oktober. Am 2. Oktober wurde von den amerikanischen Behörden in Koblenz ein Generalalarm verkündet. Sämtliche Einwohner mußten sich laut vorheriger Anweisung sofort von den Straßen entfernen. Die Straßenbahnen und anderen Wagen mußten an Ort und Stelle halten. Von den amerikanischen Behörden ist wohl mit Absicht das Gerücht ausgebreitet worden, es sei ein spärlicher Putsch zu erwarten. Tatsächlich wurde eine große Meuterei unter den amerikanischen Truppen befürchtet, denen in der letzten Zeit der Sold nicht unerheblich herabgesetzt wurde. In verschiedenen Kasernen von Koblenz ist es aus diesem Grunde in den letzten Tagen zu offener Aufsehnung der Soldaten gekommen.

Berlin, 6. Oktober. Die Lebensmittel-Einkäufe Deutschlands im Auslande waren am 4. Oktober noch nicht geklärt worden. Da die amerikanischen Lebensmitteltransporte treffen weiter ein An amtlichen Berliner Stellen rechnet man damit, daß die von den Amerikanern angekündigte Sperrung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland überhaupt nicht eintritt, nachdem Deutschland sich den Lieferungen der Entente unterworfen hat.

Berlin, 6. Oktober. Die „Petersburger Telegraphenagentur“ meldet den Übergang des Generals von der Goltz und seines Stabes zu den Russen. An Berliner amtlichen Stellen ist eine Bekräftigung noch nicht eingetroffen.

Französische Gewalttätigkeiten und Rücksichtslosigkeit.

Bei dem Umzuge der Saarbergleute, der zur Währungsgründung des alten Bergarbeiterverbandes am 14. September in Saarbrücken stattfand und etwa 30 000 Bergarbeiter vereinte, spielte die Bergarbeiterpartei von Groß-Rosfeld das bekannte Lied: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“. Die französische Militärverwaltung ließ daraufhin den Kapellmeister und 20 Musiker verhaften. Die Arbeiterpartei erklärte sich aber sofort und forderte die sofortige Freilassung der Verhafteten, die auch nach einigem Widerstreben erfolgte.

Am 1. Oktober haben die Franzosen die Saargruben offiziell in eigene Verwaltung genommen als französisches Eigentum und haben jeden deutschen Einfluss ausgeschlossen. Die erste Verordnung war die, daß viele Arbeiter entlassen wurden, da die Erzeugung eingeschränkt werden soll, weil es an Abtransportmöglichkeiten fehlt. Unter den Arbeitern der Gruben, denen auch andere Bergbauarbeiten auferlegt wurden, herrscht große Erbitterung. In Saarbrücken fanden diese Tage wiederholt Kundgebungen statt, an denen Tausende von Arbeitern teilnahmen. Die französische Behörde zog sich zurück, deshalb kam es nicht zu Zusammenstößen, dagegen verübten die Franzosen in ihren Quartieren große Willkür, was neue Erbitterung schaffte. Man befürchtet den Ausbruch größerer Unruhen.

Gedächtnisfeier für Naumann.

Berlin, 6. Oktober. Die Parteileitung und die Fraktion der Nationalversammlung der deutsch-demokratischen Partei veranstalteten gestern morgen in der Staatsoper eine Feier zu dem Gedächtnis des verstorbenen Dr. Friedrich Naumann. In der Gedächtnisrede Senator Petersen wurde ausgeführt:

Naumann war ein Realpolitiker von staatsmännischer Kraft, dem als er sah, daß er seine Pläne und Gedanken nicht im engen Kreise seiner Partei durchführen konnte, löste er kurzentschieden eine national-sozialistische Partei auf und schloß sich dem linken Flügel der Liberalen unter Schröder, Bästle und Bahr an. Gleichfalls auf seinen Wunsch war der Zusammenschluß aller Demokraten von Bismarck bis Bebel. Ohne Aufheben hat Naumann bis zu seinem Tode für die Bildung einer deutschen Linken gewirkt, solange es noch Zeit war. Das Land ohne Revolution zu demokratisieren war Naumanns großes Ziel.

Der Parteivorsitzende Petersen führte in seiner Rede noch aus: Naumann ist der Ansicht gewesen, daß Sozialisten und Demokraten eine Linie bilden können, die ohne Reibung mit dem Kaiserreich zusammenwirken konnten. Die Zukunft Deutschlands liegt in der neuen Demokratie, die national und sozial sein muß.

Die Rede Petersens übte einen mächtigen Eindruck auf die Versammlung aus. Noch lange, nachdem die Trauerklänge des Opernorchesters verhallt waren, fanden die politisch Interessierten in Gruppen zusammen, um ihre Meinung über die Gedanken Petersens auszutauschen. Auch in der Ministerloge bildete sich um den Reichstagspräsidenten Bauer und den preussischen Ministerpräsidenten Hirth Gruppen, die vom Publikum viel beachtet und kommentiert wurden.

Die deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 4. Oktober. Die Nationalversammlung überweist die Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushaltsplanes für 1920 und die 7. Ergänzung des Haushaltsgesetzes dem Haushaltsausschuß. Eine Reihe von Petitionen wird ohne Debatte erledigt. Zu einer

Petition betreffend die Zeitungsberichterstattung über die Reichstagsverhandlungen wünscht Abg. Kunert (U. S.), daß die stenographischen Berichte über die Verhandlungen zum Selbstkostenpreis käuflich gemacht und ein verkürzter objektiver Bericht, aber in etwa 1 1/2 Millionen Exemplaren, veröffentlicht werde, und zwar zu einem mäßigen Preise. Der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Bildung eines Selbstkostenpreises wird ohne Aussprache erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, zweite Lesung des Haushalts. (Reichsministerium, Reichskanzler usw.)

Ausland.

Oslo, 6. Oktober. „Dagbladet“ bringt aus Petersburg die Nachricht, die Sowjetregierung habe erklärt, daß Deutschland mit England ein Abkommen getroffen habe, nach welchem sich beide Staaten verpflichten, gegen die Sowjetregierung Stellung zu nehmen. Das Abkommen sei deutsch-englisch, englisch-amerikanisch und deutsch-amerikanisch unterzeichnet. (Die Sowjetregierung hat hier jedenfalls eine müßige Erfindung in die Welt geschickt. Schriftl.)

Basel, 6. Oktober. Das „Basler Echo“ meldet: Die Engländer haben in der belgischen Küste geräumt. Die großen Panzerboote der Deutschen in Seebrügge werden von belgischen Truppen gesprengt, die Schiffe der Deutschen, die bei Ostende und Blankenberge stehen, nicht entfernt. Die Engländer Doore als britischer Flottenstützpunkt wird aufgehoben.

Paris, 6. Oktober. Die rechtsstehenden Parteien in der Kammer interpellierten Mitterand wegen den antifranchesischen Strömungen in Belgien und der stark zulaufende Autonomiebewegung. Hierauf erklärte Mitterand, man könne diese Erscheinungen nicht wegleugnen, sie müßten aber bekämpft werden, was durch Sorgfalt und Entgegenkommen geschehen müsse. Eine Verwaltung des Belgien und Belgiens von Paris aus, wie einst von Berlin, dürfe nicht stattfinden. Man müsse der Eigenart der Bewohner dieser Provinzen Rechnung tragen und die Franzosen allmählich ins Volk tragen.

Paris, 6. Oktober. Die Bülkervertragsverträge gehen im Januar den Bülkerparlamenten zu. Der Eintritt in den Bülkerbund ist allen europäischen Staaten zugestanden worden. Vorläufig sind ausgeschlossen: Deutschland, Österreich und Sowjetrußland. (Wären nicht wirtschaftliche Gründe bestimmend, würden wir gewiß kein Verlangen, in eine Gesellschaft von Völkern aufgenommen zu werden, deren oberstes Prinzip nicht Völkerecht sondern Gewalttätigkeit ist. Schriftl.)

Österreichs Not.

Wien, 6. Oktober. Staatskanzler Dr. Renner erklärte einer gegen den Verkauf der künftigen protestierenden Abordnung des Wiener Gemeinderats, der Verkauf sei unannehmlich, denn es seien für dringende Zahlungen von Lebensmitteln im Auslande gegen 15 Millionen österreichische Gulden nötig. Es sei nicht mehr Zeit, einen anderen Weg zu betreten, da binnen 14 Tagen die Zahlungsmittel beschafft werden müßten, wenn nicht die Ernährung gefährdet werden solle.

Die französische Kammer für die Entlohnung Deutschlands.

Paris, 6. Oktober. Die Kammer führte aus, daß der Friedensvertrag mit Deutschland selbst verbessert werden müsse, denn er gestalte über, die Fortdauer der deutschen Wüsten zu rechtfertigen. Lesere stellte fest, daß die Wiederaufrüstung der deutschen Armee, die über 600 000 bis 800 000 Mann verlege, ihren Fortgang nehme. Um ein Ueberhandnehmen ihrer Macht auszuschließen, müsse die Herstellung von Geschützen vollständig unterdrückt werden. Dann nahm die Kammer folgenden abgefaßten Kommissionsentwurf an:

„Die Kammer läßt die Regierung ein, sich mit allen alliierten und assoziierten Mächten wegen der Ausführung aller Maßnahmen, die die Entlohnung Deutschlands und seiner Verbündeten vorzuziehen und die darin bestehen, daß die Fabrikation von Kriegsmaterial verboten wird, ins Einvernehmen zu setzen.“

Lesere steht in engster Verbindung mit der französischen Rüstungsindustrie, und es ist ihm bei der ganzen Sache lediglich um das Geschäft für diese zu tun. Daher der Alarm!

Das italienische Flume-Abenteuer.

Basel, 6. Oktober. Schweizer Blätter zufolge kommt es längs der dalmatinischen Küste beständig zu Kämpfen zwischen Serben und Italienern.

Paris, 6. Oktober. An der dalmatinischen Küste ist weitere amerikanische Marineinfanterie gelandet. Es liegt ein Befehl des amerikanischen Marineinspektors Daniels vor, wonach die amerikanischen Matrosen den Kampf mit den Italienern aufzunehmen haben, falls diese ihren Vorstoß gegen Trau, Spalato oder andere abseitsliege Häfen erneuern.

Fiume, 6. Oktober. D'Annunzio verfügte die Verhaftung sämtlicher jugoslawischer und amerikanischer Staatsangehöriger in Fiume und ließ Kriegsgefangenenlager errichten. Die Verhaftungen von Fiume schreiten voran. An der Peripherie der Stadt hat d'Annunzio schwere Artillerie und Schiffskanonen aufstellen lassen.

Trieste, 6. Oktober. Nach der „Stampa“ meldet „Chicago Tribune“, daß die Wiedereinrichtung der jugoslawischen Jahrgänge 1880–1896 große Aufregung in Ugramm hervorgerufen habe. Man betrachte den Krieg mit Italien als unermesslich. Die aus Trau abgehenden Italiener werden aus den Häusern beschossen. Auch in Spalato brachen schwere anti-italienische Unruhen aus. Alle italienischen Geschäfte wurden zerstört, die Italiener selbst schwer mißhandelt.

Die Moskauer antibolschewistische Verschwörung.

Sankt Petersburg, 5. Oktober. Nach einem Funkentelegramm aus Moskau wurden infolge der Entdeckung einer antibolschewistischen Verschwörung der Bolschewikenführer Schischepkin, sowie gegen 60 oppositionelle Bolschewiken zum Tode verurteilt und erschossen.

Am ehesten Parlament erfolgte eine Interpellation über die Nachricht, daß von den 192 aus Exil ausgewiesenen Kommunisten 28 vor der Grenzüberschreitung durch weisse Truppen ermordet worden seien.

Der fränke Wilson.

Washington, 6. Oktober. Wilson hat innerhalb von 3 Tagen zwei Nervenschüßeln erlitten; seine Kräfte haben bedenklich abgenommen; er liegt oft wie gelähmt ab und wird von dauernden Nervenschüßeln heimgejagt. (Drücken ihn seine 14 Punkte? Schriftl.) Irgendwelche Besuche darf der Präsident nicht empfangen. Die Ärzte erklären, vor 2 bis 3 Monaten sei an eine Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit nicht zu denken. Die antizipatorische Besuche des belgischen Königsparter in Washington geplanten Festlichkeiten wurden abgefragt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 6. Oktober. Die Bezirksfürsorgerein, Schwester Ottilie Ueber, hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie wird nun so rasch wie möglich die Mütter mit ihren Säuglingen im ganzen Bezirk aufsuchen und ihnen in den schwierigen Fragen der Pflege und insbesondere der Ernährung, aus ihren Erfahrungen in der Säuglingspflege Rat geben. Damit aber die Entwicklung des Kindes genau verfolgt und Erkrankungen rechtzeitig vorgebeugt werden kann, sollen zunächst in der Oberamtsstadt und dann auch in den anderen größeren Gemeinden des Bezirks Mütterberatungsstellen eingerichtet werden, in denen Säuglinge und kleine Kinder regelmäßig gewogen und vom Arzt oder von der Fürsorgerein auf ihren Gesundheitszustand angelesen werden können. Überall wo diese Säuglingsfürsorge, die ganz unentgeltlich geschieht, bisher eingerichtet worden ist, hat sie bei den Müttern der Kleinsten freudige Aufnahme gefunden und so werden auch die Mütter unseres Bezirks die Beraterin gerne kommen sehen und sich bald in allerhand Sorgen und Räten der Kinderpflege von selbst an sie wenden. Das mühevolle Ratten der Hebammen wird damit eine bei ihnen selbst wie bei den Müttern willkommenes Hilfsmittel erfahren. Den Pflegemüttern fremder Kinder wird die Bezirksfürsorgerein gleichfalls bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe mit Rat beistehen. Darüber hinaus wird ihre Fürsorge auch den tuberkulösen Kindern gelten, deren Zahl im Kriege so bedauerlich angewachsen ist, daß nicht rasch genug dem weiteren Umsichgreifen der verheerenden Krankheit vorgebeugt werden kann durch Verbesserung der Wohnweise und durch rechtzeitige ärztliche Hilfe und Einleitung von Heilvorhaben. — Möge die Bezirksfürsorgerein allerorten freudige Aufnahme finden, möge ihr Wirken den bezirksangehörigen Familien bald zum Segen gereichen!

Neuenbürg, 6. Oktober. Andere Vereinsveranstaltungen und ein geradezu ideales Herbstwetter brachten es mit sich, daß der von der Württ. Bürgerpartei auf letzten Sonntag nachmittag im Sonnenhaal anberaumte Vortrag, in welchem der bürgerparteiliche Abgeordnete Hüller, Geschäftsführer des württ. Bundes für Handel und Gewerbe, über das Thema sprach „Die Handels- und Gewerbetreibenden im Volksstaat“, neben Angehörigen der eigenen Partei und Wülbader Gästen nur eine mäßige Zuhörerschaft angelockt hatte. Anstelle des am Erscheinen verhinderten Parteivorstandes des Oberamts-Partei-Holzappel begrüßte und den Anwesenden vorgestellt, verbreitete sich der Redner in einleitender Weise, gewandter, temperamentvoller Vortragweise, die er durch originelle Einwände zu beleben verstand, über obengenanntes Thema, wobei er der politischen und wirtschaftlichen Lage in Staat und Reich einen breiten Raum gewährte und in beider Satire die gegenwärtigen Zustände einer scharfen Kritik unterzog. Als am 9. November d. J., so leitete Redner seinen Vortrag ein, der Herr Wilhelm Bloß aus Weimern im Badischen zwar nicht den Thron seiner Väter, wohl aber jenen anderer Leute bestieg, habe dieser einen Aufruf an das württembergische Volk erlassen, in welchem u. a. stand, daß die gegenwärtige Entwicklung der Dinge zu einem großen, nie gekannten Zustand der Freiheit und Wohlstand des Volkes führen werde. Wenn das früher eine andere Regierung gesagt hätte, dann hätten die Gegner dieser Regierung gesagt: sie lügt; er sei aber loyaler und sage nicht gleich, die Regierung lügt, aber er sage bloß, der Herr Wilhelm Bloß sagt die Unwahrheit. Denn daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen keineswegs der Freiheit und einem wie gewählten Wohlstand entgegen gehen, wisse der einfachste Mann, da brauche man nicht einmal Staatspräsident zu sein. Als er, Redner, in den 18er Jahren als Sohn eines kleinen Handwerkers, Vermögen Null Komma Null, sich die Welt beschau, habe er sich auch für die Ziele der Sozialdemokratie begeistert, deren Versprechungen belücht und ein gewisses Interesse daran gehabt, daß nicht einer eine Villa habe und der andere nichts zu essen, aber auf die sozialdemokratischen Redensarten sei er nicht eingegangen, obgleich ein sozialdemokratischer Redakteur über die Glückseligkeit im sozialdemokratischen Zukunftsstaat sprach, wo man sich in Purpur kleiden und Axt und Ambrosia trinken würde. Wenn man über vier Jahrzehnte den Leuten vorgepredigt, daß sie ein derartiges Leben führen würden, wenn einmal der sozialdemokratische Zukunftsstaat eingeführt sei und die sozialdemokratischen Führer konnten diese Versprechungen, welche sie den Genossen machten, nicht halten, dann gäbe das ein Bild von den jetzigen Zuständen, wo die Herren Genossen ihre eigenen Minister

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pf. außerhalb des Bezirkes 30 Pf. bei Auslandsverteilung durch die Geschäftsstelle 30 Pf. extra. Reklame-Zeile 50 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechend. Rabatt, der in Falle des Abnahmestillschließens hinfallig wird.

Schluss der Anzeigenannahme 1 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. für teile. Aufträge wird freierzeit. Gewährt übernommen.

lein

Rathaus tätig. zu

Verwerbungen

theißnamt.

ng.

ich zum sofortigen

rotter Gänge

uchbar, 1 älter

teiler Leiterwagen

iten mit Aufsteig

stg. Kesselschiff

oder sonst. Zehn

füllapparat

turbine-Flasche

Ausprägung

parat, ca. 100

wie sonstige

zum Verkauf im

utem Zustande

z. „Lamm“.

Uderna

uel a. H.

ederlage:

Birkenfelder

erialienhandlung

Birkenfeld.

zkmühlen

en,

Maschinen

inen und

en

huth,

Calw.

der Biergasse.

ucht.

eintreten.

Pforzheim.

bloßer

en bewandert

huth, Calw.

erkstätte.

laib

ed von

Sturmfeld.

lich zu lesen

Bereits 40 000

Bereits 40 000

ch. (Wurt.)

anzerketten

oubié

hen Parteien an

egen gute Begeh

ehen gegeben

So., Pforzheim

edrichstr. 10.

auf Schiffe-

erate

instanzerteilung

genden stets das

gefügt werden.

da dürfte es sein

ed Doppelpost

Rückantwort zu

enden.

d. „Enztäler“.

genossen von den Ministerfeiern heruntersinken würden, wenn nicht erstarrte Bürger- und Einwohnerwehren dafür sorgten, daß solches nicht geschieht. Weil aber die Herren Ministergenossen diese den Genossen gemachten Versprechungen nicht wahr machen können, deshalb die Spartakus- und andere Kufstände, die noch einen Bürgerkrieg entzünden können. So seien die gegenwärtigen Zustände weit davon entfernt, dem Volke den ewigen Frieden, einen ungezählten Zustand der Freiheit und des Wohlstandes zu bringen. Wenn heute sich die am Ruder befindliche sozialdemokratische Regierung darüber entrüstet, daß ihr von den Unabhängigen, den Spartakisten und Kommunisten Schwierigkeiten gemacht werden, so vergesse sie, zu sagen, daß sie es in den letzten 40 Jahren der früheren Regierung gegenüber nicht anders gemacht habe. Und unter den jetzigen Verhältnissen erlaubt sich Herr Wilhelm Blos, uns vorzumachen, daß wir einem ungezählten Wohlstand entgegengehen. Ob er das wohl selber glaubt? Aber es gebe Genossen, die jetzt schon anderer Meinung sind. Scheidemann habe einige Zeit vor der Revolution anders gesagt und im „Vorwärts“ geschrieben: Diktiert die Entente Deutschland den Frieden, dann wehe dem deutschen Handwerker, der deutschen Industrie, dreimal wehe der deutschen Arbeiterschaft. Die Brotlosmachung der deutschen Arbeiterschaft steht auf dem Spiele, wenn wir einen von der Entente diktierten Frieden akzeptieren müssen. Das laute ganz anders wie Blos sagte. Und jedermann wisse, daß wir den von der Entente diktierten Frieden annehmen müssen und zwar infolge der glücklichen Revolution. Selbst wenn wir den Sieg nicht errungen hätten, so hätten wir einen solchen Frieden nicht annehmen müssen, wenn nicht der deutsche Michel im ungeeignetsten Augenblick die Revolution gemacht hätte. Das passierte bloß dem von einer gewissen Sorte von Deutschen und Nichtdeutschen verführten deutschen Michel. Man hätte mit der Revolution noch ein Viertel oder ein halbes Jahr warten können, wenn nicht die Sozialdemokratie und gewisse Leute von der „Frankfurter Zeitung“ und vom „Berliner Tageblatt“ darauf hingearbeitet hätten. Diejenigen, welche am 9. November in Deutschland die Revolution gemacht haben, seien entweder Verbrecher oder Dummköpfe. Wenn man die Steuerlasten annimmt, die auf dem deutschen Volke ruhen werden, so sei es für jeden, der fünf gesunde Sinne habe, klar, daß wir keinen guten Feilen entgegengehen. Es gebe allerdings Leute, die so kindlich naiv sind, wie jener sozialdemokratische Wähler, der sagte: Man habe ja die Schöpfer der Monarchen, da könne man schon die Kriegskosten bezahlen, mit anderen Worten: Diejenigen, welche Vermögen haben, sollen die Geschichte zahlen, die anderen geht es nichts an. Wenn in nächster Zeit die Kammerlanten die Steuerzettel versenden, wird sich zeigen, daß jeder sein Teil an der Bezahlung der Kriegsschulden beitragen muß. Aber es komme noch dicker. Die freien Abgeordneten machen wohl die Steuern, wenn sie aber nicht ausreichen, mache sie die Entente, ein solcher freier Volksstaat seien wir. Wir waren einmal ein freier Staat, heute seien wir ein Sklavenstaat in des Wortes vorwiegendster Bedeutung.

Begleich der Vermögensabgabe hätte die Sozialdemokratie in Stuttgart ein Flugblatt verbreiten lassen, in welchem u. a. zu lesen war, daß die große Vermögensabgabe die Finanzen in Deutschland wieder in Ordnung bringe. Die Agitation der Sozialdemokratie war immer ganz Reiz und Haß gegen die Besitzenden. Schlagworte im Krieg waren, daß die Nichtbesitzenden die Besitzenden die Köpfe hinhalten müssen. Ein Fehler war, daß das deutsche Volk nicht geschlossen war. Das war bei unseren Feinden anders. Die Franzosen waren immer zuerst Franzosen und die Engländer zuerst Engländer und einige vielleicht etwas international. Die amerikanischen Großkapitalisten werden den deutschen Sozialdemokraten nach den nationalen Sinn beibringen, allerdings wenn es zu spät ist. Die Unabhängigen verlangen, daß jeder, der über 2000 Mark Vermögen habe, das übrige abgeben müsse, die Kriegsanleihen seien zu annullieren. Solche, die gar nichts haben, seien natürlich gleich dafür, so seien eben die Menschen geartet. Diese denken aber nicht, daß so etwas gar nicht durchführbar ist; denn das Kapital hat der Bauer in seinem Grund und Boden, der Handwerker in seinem Betrieb, der Fabrikant in seinen Maschinen; man könne dieses Kapital doch nicht rüchlos konfiszieren. Wollte man das tun, so wäre dies für den Arbeiter kein Vorteil; er muß Arbeitsgelegenheit haben. Diejenigen, welche heute so sehr über die Fabrikanten schimpfen, werden bald aufhören, wenn die Engländer oder Amerikaner ihre Bedingungen vorschreiben. Der deutsche Arbeiter werde nicht einmal mehr streiken können; wenn der Fabrikant am Aufmarsch sei, höre das Streiken von selber auf.

Scharfe Kritik übte Redner an unserer Finanzwirtschaft. Der häufige Wechsel der Finanzminister sei ein großer Krebschaden. Unfähige werden zu diesem wichtigen Posten berufen und bewährte Finanzminister gehen als Pensionäre spazieren. Im Handwerk sei der Befähigungsnachweis eingeführt, aber ein Finanzminister habe keinen Befähigungsnachweis zu erbringen. Welcher Mißbrauch werde nicht getrieben mit dem schönen Satz „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ In der Praxis heiße es freie Bahn dem Parteilichsten. In Praxen werden Oberamtsleute und Regierungspräsidenten abgesetzt, Gewerkschaftssekretäre treten an deren Stelle. Ein unabhängiger habe von einem solchen die treffende Bemerkung gemacht: Der Genosse Soundso war immer ein großer Schafkopfspieler. Erberger, der wirklich sehr und mit Recht angegriffen werde, sage er nur so viel: Ein Abgeordneter, der das Abgeordnetenmandat dazu benütze, um seine eigenen Taschen zu füllen, sei nicht wert, Abgeordneter zu sein. Und ein Reichsfinanzminister und Vizekanzler wie Erberger, der die Nationalversammlung so anläßt mit dem angeblichen englischen Friedensangebot, sei nicht wert, Reichsfinanzminister zu sein. Und wenn das deutsche Volk es nicht fertig bringe, daß ein Mann von der Qualität Erberger zum Teufel gelagt werde, dann verdiene es, daß es kaputt gehe. Für jeden Deutschen sei es klar, daß wir einer dunklen Zukunft entgegengehen, wenn wir jährlich 25 Millionen Mark an Steuern aufbringen sollen und daß die Lebenshaltung aller Stände herunter muß, denn wir seien ein verarmtes Volk, während wir früher ein reiches und freies Volk waren; daran ändere es nichts, wenn man schreibe „freier Volksstaat“, das Papier sei geduldig. Es liege klar auf der Hand, daß wir gegenwärtig die Volkswirtschaft nur künstlich dadurch aufrecht erhalten, daß wir auf der Buchdruckpresse Banknoten ohne Zahl drucken. Es werde noch eine große Geldknappheit folgen, von der viele keine Ahnung hätten.

Die Bürgerchaft, der Mittelstand, die selber gewohnt waren, sich regieren zu lassen und als Staatsbürger Steuern zu zahlen, sie müssen sich mehr über die Politik orientieren. Gewiß, wir hatten früher eine Regierung, die auch ihre Fehler hatte, aber wir hatten doch immerhin eine objektive Regierung; die Minister waren nicht die Dummsten, man holte sie nicht von der Straße weg, und sie waren anständige Leute, welche die Aufgabe hatten, die einzelnen Stände gleichmäßig zu behandeln. Der alte Obrigkeitsstaat war nicht so schlimm, wie man ihn hinstellt, mancher Genosse sehe das heute schon ein und noch mehrere würden diesen alten Obrigkeitsstaat in einigen Jahren mit den Fingernägeln aus der Erde graben, wenn sie könnten. Aber wir müssen die Verhältnisse nehmen, wie sie sind. Wir haben eine Parteiregierung, und diese Partei-

regierung ist eine solche gegen das Bürgertum, was man den sozialdemokratischen Ministern nicht verzeihen könne, denn sie seien von der Sozialdemokratie gewählt und müßten deren Befehle durchführen. Für den Handel- und Gewerbebestand gelte es demgegenüber seine Interessen zu wahren, sich parteipolitisch zu orientieren. Die Bürgerpartei sei es, welche die Interessen aller Stände, vornehmlich jene des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes wirksam vertrete; es sei zweckmäßig und für den Mittelstand von Vorteil, wenn er sich frage, kann ich mich mit den Zielen derjenigen, welche gegenwärtig an der Regierung sind, einverstanden erklären? (Schluß folgt.)

Neuenburg, 5. Oktober. Bei einer am letzten Sonntag hier abgehaltenen Vertreterkonferenz der sozialdemokratischen Partei des Bezirks Neuenburg wurde laut „Neuenburger Anzeiger“ Schriftführer Friedrich Heimgartner als Kandidat für die nächsten Kantonsparlamenten aufgestellt.

Neuenburg, 7. Oktober. In den letzten Tagen sind aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt Paul Dietrich und Fritz Silbereisen. Herzlichen Willkommen in der Heimat!

Württemberg.

Stuttgart, 6. Oktober. (Der Dienst der Beamten.) Der Dienst der Beamten lautet folgendermaßen: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und der Landesverfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflicht.“ Alle Staatsbeamten haben unversäglich spätestens bis 1. Dezember 1919 diesen Dienst mit Handschlag abzulegen. In gleicher Weise sind nach einer Verfügung des Staatsministeriums künftig alle neu ernannten Staatsbeamten vor dem Dienstantritt mit Handschlag zu verpflichten. Soweit es bezüglich einzelnen Arten von Beamten noch gesetzlicher Vorschriften oder nach der besonderen Art dieser Beamten geboten scheint, in dem Dienst die einzelnen Amtspflichten besonders hervorzuheben, bleibt es den obersten Dienstbehörden vorbehalten, die erforderliche Anordnung wegen angemessener Ergänzung des Dienstes zu treffen.

Stuttgart, 6. Oktober. (Herzog Albrecht im Urteil Ludendorffs.) Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß Ludendorff gesagt hat, Württemberg allein habe nur gute Divisionen im Felde gehabt. Bemerkenswert ist auch Ludendorffs Urteil über den Herrscher Herzog Albrecht in seinem Buch „Meine Kriegserinnerungen“. Er schreibt: „Herzog Albrecht von Württemberg, der Befehlshaber der 4. Armee ist eine schärfere und ausgeprägtere Natur als die beiden Kronprinzen (des Deutschen Reichs und von Bayern). Ich habe nur selten die Freude gehabt, ihn zu sehen und denke an die anregende Unterhaltung mit ihm besonders gerne zurück. Er war eine Persönlichkeit.“

Saigau, 4. Oktober. (Ertappung — Tierquälerei.) Als in einer der letzten Nächte zwei hiesige Wegwerfer zwei Kinder, die sie in hiesigen Wäldern vorsorglich untergebracht hatten, zur Schwarzwaldschlacht abholen wollten, wurden sie durch die Landjäger- und Schutzmännschaften, die sich auf die Sauer gelegt hatten, ertappt. Die Kinder wurden beschlagnahmt. Der Geschäftsbetrieb des einen Wegwerfers, der bereits wegen Schwarzjagdvergehen wiederholt vorbestraft ist und eine letzte Verwarnung durch den Gemeinderat erhalten hatte, wird vorübergehend geschlossen werden. — In Wolfersreute, Gemeinde Reute, hat in der Stallung des Landwirts Amann der 46 Jahre alte Stallknecht Martin Lang aus Wülfingen 6 Kühen die Schwänze buchstäblich abgedreht und einer Kälberkuh außerdem die Schwanzwurzel mit einem stumpfen Instrument abgehauen. Die Tiere leiden größte Qual. Der Mordling steht wegen Tierquälerei und Sachbeschädigung einer empfindlichen Strafe entgegen.

Baden.

Mannheim, 6. Oktober. In der letzten Bürgerauskunftung kam es zu lebhaften Klagen über die Arbeitslosigkeit der Reichslandarbeiter. Der Stadtverordnetenvorstand Jhrig (Dem.) erklärte, daß bei den Reichslandarbeitern sich unangehörige Zustände herausgestellt hätten. In kurzer Zeit seien die Vorkursagelassen überhitzt worden und dabei noch nicht einmal der 20. Teil der Arbeit erledigt gewesen. Man habe nachgeholfen und herausgefunden, daß zu wenig gearbeitet werde. So könne es nicht weiter gehen. Man bezahle die Leute, daß sie leben könnten, dann nähmen sie auch arbeiten. Er empfahl, die Arbeit in Vorse einzuteilen, und an die Reichslandarbeiter zu vergeben. Wer dann nicht arbeite, brauche auch nicht zu essen. Auch von Rednern der anderen Parteien einschließlich der Mehrheitssozialisten wurde das Verhalten der Reichslandarbeiter kritisiert. Nur die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei nahm sie in Schutz. Bürgermeister Winter erklärte zu der Sache, daß eine bedeutende Arbeitslosigkeit unter den Reichslandarbeitern festgestellt worden sei. Sie seien jedenfalls der Ansicht, daß sie nicht ihren Lohn für die Arbeit, sondern eben weil der Staat für sie als Kriegsteilnehmer zu sorgen habe, empfangen. Für Reichslandarbeiten wurden wieder 1 200 000 Mark bewilligt.

Emmendingen, 7. Oktober. Zum hiesigen Stadtpfarrer ist Benefiziat Leopold Seifermann am Freiburger Münster ernannt worden.

Jurtsingen, 5. Oktober. In Jühringbach hat die Firma Lang-Mannheim die dortige Metallwarenfabrik käuflich erworben. Zugleich teilte Kommerzienrat Dr. Lang dem hiesigen Bürgermeister mit, daß die Firma beabsichtige auch hier eine Fabrik zu bauen, jedoch müsse der Neubau, der auf etwa 4 Millionen Mark zu stehen komme, noch etwas hinausgeschoben werden.

Todtnau, 4. Oktober. Das Wasser des Todtnauer Wasserfalls soll als Kraftquelle ausgenutzt werden, um die elektrischen Kraftanstöße der Stadt Todtnau und Umgebung zu befriedigen. Ein prächtiges Naturdenkmal würde dadurch allerdings der Zerstörung anheim fallen.

Vermischtes.

München, 4. Oktober. Die Küste, die in den Pferdebestand Bayerns durch die Pferdelektionen an die Entente gerissen wird, versucht die bayerische Regierung durch den Ankauf amerikanischer Heerespferde und Maultiere auszufüllen. Am Mittwoch ist der erste Transport von Koblenz in München eingetroffen mit durchweg vorzüglichem Material. Die Pferde, Amerikaner, Belgier usw., sind stark, gut genährte Tiere. Wer bei den Verteilungen der deutschen Heerespferde die dünnen kaiserschen Klepper gesehen hat und damit die amerikanischen Heerespferde vergleicht, wird eine der Ursachen erkennen, warum wir den Krieg verloren haben. Auch die Maultiere sind in sehr gutem Zustand und werden so groß wie ein ausgewachsenes Pferd, erreichen ein hohes Alter und sind dabei mindestens 30 Jahre für den Zug geeignet.

Die Ursachen der Verteuerung der Presse. Das deutsche Volk ist heute gegen allgemeine, fabelhafte Preissteigerungen wirtschaftlicher Art geradezu gleichgültig und teilnahmslos geworden. Wenn aber eine Zeitung gezwungen wird, ihren ohnehin nicht zu hohen Abonnementspreis um 25 oder 30 Pfennig zu erhöhen, dann wird nicht selten gemurmelt und geschimpft, ja sogar die Behauptung aufgestellt, die Zeitungen müßten sich wieder auf Kosten der Abonnenten bereichern. Derartige irreführende Behauptungen fallen aber bei näherem Betrachtingen unentbehrlicher Preissteigerungen in sich

zusammen. Tatsache ist vielmehr, daß schon in Friedenszeiten die Abonnementsgebühren bisweilen nicht einmal die Herstellungskosten einer Zeitung decken. Heute, wo schon 1 Kilogramm Rohpapier 1.25 Mark kostet, hat sich das Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der Zeitungen verschoben. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ zeigen dies an einem Beispiel. Im Monat September 1919 hat z. B. ein Münchner Abonnent der „Münchner Neuesten Nachrichten“ insgesamt 3400 Gramm mit Nachrichten und Anzeigen bedrucktes Papier erhalten und dafür an den Verlag 2.75 Mark abgeführt. In Wirklichkeit kosten diese 3400 Gramm Papier dem Verlag 4.25 Mark, so daß die „Münchner Neuesten Nachrichten“ bei jedem Abonnenten noch 1.50 Mark für das Papier selbst aus eigener Tasche pro Monat zulegen müssen. Das macht bei den 160 000 Abonnenten der „Münchner Neuesten Nachrichten“ im Monat 240 000 Mark, im Jahre 2 880 000 Mark. Bei einer Zeitung vom Umfang der „Münchner Neuesten Nachrichten“ beträgt der Jahresbedarf von 4 Millionen Kilo allein eine Ausgabe von 5 Millionen Mark. Hierzu kommt noch die gewaltige Verteuerung der übrigen Rohmaterialien. Es sind gestiegen seit 1914 die Preise für Holzschichtstäbe um 1200, für Rohle um 700 Prozent, für Schmiermittel um 500, für Druckfarbe um 375, für Papertaturen und Arbeitslöhne 300 Prozent. Außerdem stiegen die Preise für Buchmaterial, Bindfaden, Packpapier, Glas, Porzellan, Graphen- und Telephongebühren, ganz abgesehen von den Arbeitslöhnen. So wird man zu der Überzeugung kommen, daß die gegen Abonnementsgebühren jeder Zeitung verglichen mit der Senkung der Herstellungskosten noch immer niedrig bemessen sind. Aus dem Angeleit einer Zeitung, der auch keine unerwünschten Einnahmen bringt, muß vor allem der Abonnementszuschuß des Verlags und des ganzen übrigen Zeitungsapparats bezahlt werden.

Deutschamerikanische Weihnachtsvorbereitungen. Wie der Berliner Vertreter der „Chicago Abendpost“ erfahren haben will, haben die Deutsch-Amerikaner in San Francisco einen Hilfsverein gegründet, in welchem die Frauen eifrig an der Arbeit sind, um große Mengen von Kinderkleidern herzustellen, um Tausenden armen Kindern in Deutschland eine Weihnachtsgeschenke zu machen. Es werden aber auch Kleidungsstücke für Erwachsene und zum allem Nahrungsmittel, wie Schinken und Speck, Bohnen, Tomaten, frische Milch, Kaffee, Seife usw. gesammelt, um in großem Umfang nach Deutschland geschickt zu werden. Hunderttausende von Paketen sind schon am Verwalde und Freunde abgegangen.

Betrübende Folgen des Weltkrieges. Nach einer amtlichen Statistik, die die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht, betrug die 1914—18 für Deutschland einen Gesamtverlust von 5 1/2 Millionen Menschen gefordert. Hierbei sind alle Verluste durch den Krieg, Blöcke und Unterernährung einbezogen. Im Jahre 1913 wurden in Deutschland 1 839 000 Menschen geboren, 1 005 000 starben. 1918 starben 1 630 000, geboren wurden 945 000. Dem Geburtenüberschuss von 831 000 im Jahre 1913 steht ein Sterbendüberschuss von 885 000 im Jahre 1918 gegenüber. In den Kriegsjahren sind nur 60 Prozent der Geburten des letzten Friedensjahres erfolgt, so daß 1921 die Zahl der einjährigen Kinder dementsprechend kleiner wird. — Wie die Statistik des Reichsverbandes mittelt, betrug 1914 die Sterblichkeit 13,91 auf 1000 der mittleren Bevölkerung, 1917 aber 16,54 und 1918 23,11. Bei der Sterblichkeit der fünf- bis fünfzehnjährigen ist schon der Hochgang der absoluten Zahl der Gestorbenen geradezu in die Augen springend. Dieser betrug 1913 23 800, 1914 25 700, 1917 37 300, 1918 aber 50 300, hatte sich also rund verdoppelt. In den über Sechzigjährigen ist ein Aufsteigen der Sterbezahlen von 198 000 in 1913 auf 275 000 und 264 000 in 1917 und 1918 zu verzeichnen. Die Auswirkung für die Ehe sind durch den Krieg bedeutend verschlechtert. Im Alter von 20 bis 30 Jahren waren für Zeit auf 1000 Männer 1230 Frauen. Infolge der Nachwirkungen der Blöcke nehmen Tuberkulose und Unterernährung immer noch zu.

Ordenshunger der französischen Krieger. In Frankreich ist ein Ordensverleihsamt mit nicht weniger als 350 Beamten, die täglich etwa 2000 Gesuche zu erledigen haben. Die Zahl der Gesuche um Auszeichnungen an Gefallene und Verwundete beträgt 1 200 000; dazu kommen noch die Gesuche der Lebenden. Wer das Kriegskreuz bekommen hat, so schreibt „Ereignisse“, will die Militärmedaille tragen; wer diese hat, zieht sich auf die Ehrenlegion. Nur durch ein förmliches Taylorsystem gelingt es den Beamten die Bewältigung der Arbeit; es gibt dabei Angelegenheiten, die von früh bis spät, tagaus tagan, nur registrieren oder auf der Karthe nachschauen oder nur Adressen flehen.

Schweizer Humor. Ein Schweizer, der großartig in der Lage des Theaters lag, wurde vom Partier gefragt: „Wünschen Sie ein Glas (Operringer)?“ — „Nä, nä,“ sagte der Gefragte, „ich laufe aus der Kiste!“

Neueste Nachrichten.

Düsseldorf, 6. Oktober. Nach einem neu abgeschlossenen Tarifvertrag haben sich die Metallarbeiter in Düsseldorf und Umgebung mit der Einführung der Akkordarbeit einverstanden erklärt.

Berlin, 6. Oktober. In Versailles beginnen Verhandlungen, die die Schädigung Deutschlands durch den unzureichenden Schutz am Rhein beseitigen sollen.

Berlin, 6. Oktober. Der Aufforderung des Preussischen Landes-Kriegsverbandes, die Fahnen der Kriegsveterane, die den Krieg in den besetzten oder in den an den Feind abgetretenen Gebieten haben, nach Berlin in treue Obhut zu geben, sind bis jetzt schon viele Vereine gefolgt. Ungefähr 150 Fahnen und Banner sind bereits bei dem Preussischen Landes-Kriegsverband eingegangen, und fast täglich treffen noch Abordnungen ein, ihre alten Fahnen nach Berlin bringen.

Berlin, 7. Oktober. Am Sonntag sind die unabhängigen Sozialisten Schöning, Dieß, Lewinsohn und Reih, die vor fünf Jahren, als die Truppen des Generals Maercker Leipzig besetzten, in Schutzhaft genommen worden sind, aus der Festung Köpenick wieder entlassen worden.

Berlin, 7. Oktober. Der erste Parteitag der Deutsch-Nationalen Groß-Berliner nahm einstimmig eine Entschließung an, die den Vertretern der Partei in den Parlamenten für die geleistete Arbeit Dank und Anerkennung auszusprechen und gleichzeitig die Erwartung Ausdruck zu geben, daß die Parteileitung und die Fraktion sich jederzeit bewußt bleiben, daß nur in schärfer Kampfhaltung und Opposition den vaterländischen Zielen zum Sieg verholfen werden könne.

Berlin, 7. Oktober. Gestern ging der Prozeß zu Ende, der gegen 12 ehemalige Mitglieder der republikanischen Soldatenbewegung in Berlin das Kommandanturgericht beschäftigte. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen. Denjenigen, die in Haft gewesen sind, wurde vom Gericht der Anspruch auf Entschädigung für ungeschuldete erlittene Unterdrückungsfestung zuerkannt.

Berlin, 7. Oktober. Zum ersten Mal seit dem Kriege ist es wieder ein ausländischer Flieger in Johannishof gelandet. Es ist ein italienischer Wolland-Doppeldecker, in dem sich zwei Offiziere mit besonderen Aufträgen für das italienische Konsulat in Berlin befanden.

Berlin, 7. Oktober. Für den Vorschlag eines Wiederaufbauministeriums kommen u. a. in Betracht: Oberbürgermeister Gehlert-Rückert und der badische Minister des Innern Dr. Dietrich.

Berlin, 7. Oktober. Das Kriegsgericht in Wille hat gegen den Gefangen Biemard und sieben andere Deutsche Anklage wegen Mordes, Totschlags und gefährlicher Brandstiftung erhoben. Graf Biemard wird beschuldigt, daß er vierzehn Einwohner des Dorfes Biemard erschossen ließ. Biemard soll angeblich diese Leute vor der Hinrichtung öffentlich habe durchpfeiffen lassen.

Essen, 6. Oktober. Der von den Blättern verbreitete Meldung, daß sich eine Abwanderung in größerem Maßstabe aus den christlichen Gewerkschaften entwickele, wird hier in sehr entschiedener Weise widerprochen. Es ist, wie aus christlichen Gewerkschaftskreisen festgestellt wird, bei diesen Gewerkschaften keine Abwanderung, sondern im Gegenteil eine ständige Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen, deren Zahl gegenwärtig mehr als 1.100.000 beträgt.

Münster, 7. Oktober. Generalleutnant Freiherr v. Waller erließ für die unter dem Belagerungszustand stehenden Gebiete eine Bekanntmachung des Ernährungsministeriums, betreffend Regelung des Fremdenverkehrs.

Auf Grund des § 7 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 25. Mai 1918 in der Fassung vom 19. September 1918 über die Regelung des Fremdenverkehrs wird mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums bestimmt:

1. Ortsfremde Personen dürfen in Heilbädern, Kurorten und Erholungsplätzen für einen Zeitraum von mehr als 3 Tagen nur mit der im einzelnen Fall zu erteilenden vorgängigen schriftlichen Genehmigung des Vorstands des Kommunalverbands (Oberamts) Aufenthalt nehmen und von Inhabern von Gaststätten herbergt werden.

Solche ortsfremde Personen haben, wenn sie von außerhalb Bückensbergs kommen, mit dem Antrag um Gestattung des Aufenthalts zugleich die in § 2 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 3. Mai 1919 über Beschränkung des Zugangs nach Bückensberg vorgeschriebene Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des in Aussicht genommenen Aufenthaltsortes über die Zulassung zum Zugang dem Oberamt vorzulegen.

Auch hat sich jeder Nichtbückensberger, der sich in Bückensberg aufhält, nach einer Verordnung der Provinzialregierung vom 18. Januar ds. Js., Reg.-Bl. S. 50, durch einen Pass oder Pass-Ertrag nach dem Muster im Reichs-Gesetzbl. 1916 S. 609 der seine Person auszuweisen.

2. Die nach Ziffer 1 erforderliche Genehmigung darf nur erteilt werden:

a) Militärpersonen, die zu Kur- oder Erholungszwecken bestimmt sind und hierüber einen schriftlichen Ausweis ihrer vorgesetzten Dienststelle vorlegen;

b) Kriegsbeschädigte, deren Militärpapiere die Notwendigkeit ihres Aufenthalts an dem in Aussicht genommenen Aufenthaltsort hinreichend erweisen;

c) Personen, die aus der Kriegsgefangenschaft im Laufe dieses Jahres befreit sind;

d) Stadtinder und Jungmänner, die auf das Land überwiesen sind, sowie Personen, die nachweislich von Organen der reichsrechtlichen Verfassungen, von Behörden und auf Kosten von Kantonsstellen zu Kur- und Erholungszwecken untergebracht sind; e) wirklich Kranken und Heilbedürftigen, deren Aufenthalt nach ärztlichem Zeugnis durch eine dringende gesundheitliche Notwendigkeit begründet ist. Dabei kann der Vorstand des Kommunalverbands durch den für den Bezirk zuständigen Amtsarzt oder einen hierzu bestellten besonderen Vertrauensarzt nachprüfen lassen, ob und inwieweit eine dringende gesundheitliche Notwendigkeit für den Aufenthalt vorliegt oder fortbesteht.

3. Die Genehmigung kann an Bedingungen geknüpft werden, die im Einzelfall zu berücksichtigen sind. Von dem Widerruf ist insbesondere Gebrauch zu machen bei unrichtigen Angaben anlässlich der Einleitung der Genehmigung, bei Verletzung der gestellten Bedingungen, bei einem den Zeitverhältnissen nicht entsprechenden Verhalten der Fremden, bei Zuwiderhandlung gegen die kriegswirtschaftlichen Vorschriften und dergl.

4. Die Vorschriften in Ziff. 1—4 finden keine Anwendung auf Personen, die bei ihren nächsten Angehörigen — Ehefrauen, Eltern, Großeltern, Kindern, Enkeln oder Geschwistern — unentgeltlich herbergt werden.

5. Für einzelne Bezirke oder Orte, in denen die vorchriftsmäßige Versorgung der ortsansässigen Bevölkerung mit Lebensmitteln, sowie die regelmäßige Erfüllung der Abfuhrpflicht gegenüber den Kommunalverbänden anders nicht zu gewährleisten ist, können die Vorstände der Kommunalverbände vom Ernährungsministerium ermächtigt oder beauftragt werden, die in Ziffer 1 festgelegte Aufenthaltsdauer weiter herabzusetzen.

7. Für Bezirke oder Orte, für welche der Fremdenverkehr eine große wirtschaftliche Bedeutung hat, kann das Ernährungsministerium für bestimmte Zeiten Ausnahmen von den Bestimmungen der Ziff. 1 bewilligen.

8. Vorstehende Bestimmungen treten mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung des Ernährungsministeriums vom 14. Mai 1919 in der Fassung vom 21. Juli 1918, betreffend Regelung des Fremdenverkehrs im Sommer 1919, außer Wirkung.

Stuttgart, den 30. September 1919. Baumann.

Beförderung von Getreide mit der Bahn.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat im Einvernehmen mit der Landesgetreidekasse nachstehende Anweisung für den Verkehr von Brotgetreide und Gerste aus der Ernte 1919 und von Erzeugnissen daraus an die Güterstellen erlassen:

1. Versand von Saatgut von Brotgetreide und Gerste.

1. Saatgut von Brotgetreide (Weizen, Dinkel, Emmer und Einkorn) und von Gerste, je allein oder miteinander gemengt, darf nur mit einem von der Württ. Staatsstelle in Stuttgart, Johannisstraße 86 (Kassette des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg e. V.) abgestempelten Frachtbrief zur Beförderung angenommen werden.

2. Die Abstempelung des Frachtbriefes ist nicht erforderlich bei Sendungen der oben bezeichneten Art innerhalb desselben Verwaltungsbezirks.

3. Wenn zu einer Sendung (Ziff. 1 und 2) vom Absender neben dem Frachtbrief oder den sonstigen Versandpapieren eine Saatkarte vorgelegt wird, so hat die Versandstation nach vorheriger Prüfung der Übereinstimmung der Angaben in der Saatkarte und in den Begleitpapieren dem Absender die Aufgabe der Ware zur Beförderung auf der Rückseite der Saatkarte zu bescheinigen und zwar auf allen 3 Abschnitten (A, B und C). In der Bescheinigung ist Art und Menge des Saatguts und der Bestimmungsort anzugeben; daneben ist der Tagesstempel der Versandstation aufzubringen.

Verordnung, nach der alle männlichen Einwohner im Alter vom vollendeten 17. bis zum 50. Lebensjahr verpflichtet sind, im Bedarfsfall auf Anweisung der Gemeindebehörden Kostensarbeiten in allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Betrieben zu leisten.

Wien, 7. Oktober. Nach einer Budapest Meldung sind dort 1800 englische Soldaten angekommen, und daß man noch weitere 2000 italienische erwartet. Diese Truppen sollen nach dem Abmarsch der Rumänen den Polizeidienst verrichten.

Bern, 6. Oktober. Eine Erkundung aus London besagt, daß die englische Regierung nach Antritt offizieller Kreise neapolitanische, in Rom auf eine Beendigung des ungeklärten Zustandes in Trüme zu bringen, widerstandslos Italiens Verbleiben im Vorderbrand gefährdet werden könnte.

Verailles, 7. Oktober. An Stelle des Generals Hirschauer soll nach dem „Intransigant“ als Militärgouverneur von Strassburg General Bouraud treten.

Paris, 7. Oktober. Nach dem „Homme Libre“ werden der König und die Königin von Spanien Ende Oktober auf drei bis vier Tage nach Paris kommen.

Sodann sind die Sozialisten den Abfindern zurückzugeben.

4. Nachträgliche Verfügungen des Absenders gelten nur mit der nachgewiesenen Zustimmung der Württ. Staatsstelle für Getreide und Hülsenfrüchte, es sei denn, daß die Sendung innerhalb des Verwaltungsbezirks bleibt.

5. In dem Versandbuch ist der Inhaltsangabe zuzusetzen: „Saatgut“.

6. Versand von sonstigem Brotgetreide und Gerste und von Erzeugnissen daraus.

1. Nicht zu Saatwecken bestimmte Sendungen von Brotgetreide und Gerste, je allein oder im Gemenge mit anderen Früchten, ebenso von Erzeugnissen daraus wie Mehl, Schrot, Gerste, Graupen, Grütze, Floeden, Malz dürfen, soweit es sich nicht um Sendungen an einen Kommunalverband handelt, nur auf einen vom Kommunalverband des Aufgaborts oder einer höheren Behörde der öffentlichen Lebens- und Futtermittelversorgung (Landesgetreidekammer, Landesfuttermittelstelle und dergl.) abgestempelten Frachtbrief ausgehen und zur Beförderung angenommen werden.

2. Nachträgliche Verfügungen des Absenders bedürfen der nachgewiesenen Zustimmung des Kommunalverbands des Aufgaborts.

3. In Zweifelsfällen ist Rücksicht auf die Geschäftsstelle des Kommunalverbands des Aufgaborts zu nehmen.

Den 3. Oktober 1919. Bullinger.

Oberamt Neuenbürg.

Bezirksfürsorgerin.

Fraulein Emilie Ueber, die Bezirksfürsorgerin des Oberamtsbezirks Neuenbürg, hat am 1. Oktober ihre Stelle in Neuenbürg angetreten und ihre Tätigkeit aufgenommen. Insbesondere hat dieselbe die Aufgabe, die Mütter mit ihren Säuglingen im ganzen Bezirk aufzusuchen und ihnen in den schwierigsten Fragen der Pflege und vor allem der Ernährung aus ihren Erfahrungen in der Säuglingspflege Rat zu geben.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Nähere Ausführungen über die Tätigkeit der Bezirksfürsorgerin enthält ein Artikel im redaktionellen Teil des heutigen Blattes.

Den 6. Oktober 1919. Bullinger.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Im Handelsregister, Abteilung für Einzelfirmen, Band I, ist bei der Firma

Adolf Lufmann in Neuenbürg

eingetragen worden:

Das Geschäft ist am 1. Oktober 1919 auf Karl Gödelmann in Neuenbürg übergegangen, der es unter der Firma:

Adolf Lufmann Nachfolger in Neuenbürg,

Inhaber Karl Gödelmann, Kaufmann in Neuenbürg, weiterführt.

Den 2. Okt. 1919. Oberamtsrichter Brauer.

Aufruf!

Die öffentlichen Bekanntmachungen zur Ablieferung und Anzeige beiseite geschafften Heeresguts haben bisher schon große Erfolge gezeigt. Trotzdem befinden sich noch bedeutende Mengen von Heeresgut in unrechtmäßigem Besitz. Es ergeht aufs neue die Aufforderung an die gesamte Bevölkerung zur Wiedererfassung des entwendeten Heeresguts beizutragen.

Heeresgut ist Volksgut! Helft alle mit zu seiner Wiedererfassung! Das Landesverwertungsamt zahlt für wiederbeigebrachtes Heeresgut hohe Belohnungen! Bei Werten bis zu 1000 Mk. 10%, bis zu 10.000 Mk. 5—7%, bis zu 100.000 Mk. 3—5% u. v. m. des durch Abschätzung festgesetzten Wertes der erfassten Güter. Die Belohnung wird unter Ausschluß des Rechtsweges denjenigen Personen gewährt, deren Tätigkeit die Ermittlung von Heeresgütern jeder Art ermöglicht hat. Unter mehreren beteiligten Personen wird die Belohnung nach Maßgabe der Einzelleistung verteilt. Auch die staatlichen oder gemeindlichen Sicherheitsorgane sind zur Annahme der Belohnungen unter besonderen Voraussetzungen befugt. Namen der Anzeigerhelfer werden auf Wunsch geheim gehalten.

Anzeigen und Belohnungsanträge nimmt entgegen

das Württ. Landes-Verwertungsamt Zweigstelle des Reichsverwertungsamts Stuttgart, Dorotheenstr. 2—4.

Erzberger gegen Helfferich.

Berlin, 6. Oktober. Nach Eingang des Strafantrages des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den früheren Staatssekretär Helfferich wegen Beleidigung hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I Berlin das Ermittlungsverfahren sofort eingeleitet.

An die Ostpreußen und Schleswig-Holsteiner.

Deutsche Männer und Frauen, bewahrt Euch die deutsche Heimat! Ihr, die Ihr aus Ost- und Westpreußen, aus Ostschlesien und aus Schleswig-Holstein stammt, bewahrt Eurer Heimat die Treue. In Eurer Hand liegt das Schicksal der Gebietsteile, in denen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen. Ihr sollt mit darüber entscheiden, ob Eure Heimat fernerhin noch zum Deutschen Reich gehören soll. Keiner darf bei dieser Entscheidung fehlen. Jeder hat seine Pflicht. Jeder Abstammungsbedingte trage sich in die Fragebogen ein, die am 8. Oktober aus Anlaß der Volkszählung in jede Familie kommen. Es gilt, die Abstimmung vorzubereiten. Von der Vorbereitung hängt der Erfolg ab. Jeder hole die Fragebogen heran, jede Stimme zählt, jede entscheidet.

Gräfenhausen.

Herbst-Anzeige.

Die Weinlese beginnt hier am

Mittwoch, den 8. Oktober.

Die Trauben sind gut ausgereift; es ist daher eine gute Qualität zu erwarten.

Gräfenhausen, den 5. Oktober 1919.

Schultheißenamt

Kircher.

Neuenbürg.

Zu baldigem Eintritt wird ein

Schreibfräulein

gesucht. Schriftl. Offerten unter A. R. 12 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Feldrennach.

Da es uns leider nicht möglich war, uns von allen Feldrennachern persönlich zu verabschieden, so möchten wir das auf diesem Wege nachholen und rufen zugleich allen ein herzliches

Lebewohl

zu. Für all die Liebe und Freundschaft, die ich mit meiner Familie während meiner Wirksamkeit von allen Seiten erfahren durfte, herzlichen Dank.

Wir werden unsere lieben Feldrennachher allezeit in gutem Andenken behalten.

G. Ulrich mit Familie.

Josef Krapp, Bauunternehmung,

Telefon 540 Pforzheim, Schulberg 3

empfiehlt sich bei eventl. vorkommenden

Maurer-, Beton-, Eisenbeton- und Asphaltarbeiten

und sichert beste und solideste Ausführung zu.

Wildbad.

Maurer-Innung.

Die bestellten Falzriegel sind eingetroffen und können von Bezugsberechtigten in den nächsten Tagen auf meinem Lager, Bahnhof Wildbad, abgeholt werden.

Chr. Schill, Baumaterialienhdlg.

Zahnpraxis Lück, Schömburg,

Liebenzellerstraße 167.

Von heute ab, finden die Sprechstunden täglich statt und werden sämtliche Arbeiten schnellstens und gewissenhaft erledigt.

Chr. Schill, Baumaterialienhdlg.

Brückenwagen

mit Laufgewicht,

Schnellwagen,

Haushaltungs-Baumaterialien

empfiehlt

G. Wachenhuth, Biergasse, Calw.

Ria-Balsam.

Ueberraschende Erfolge! Viele Dankschreiben!

Preis: 2.50 Mk., franko.

Hofapotheke Hechingen, Hohenzollern.

Papierdärme

sind fortwährend zu haben.

Ch. Nech'sche Buchdruckerei, Joh. D. Strom.

Würtl. Amtsgericht Neuenbürg.

Im Genossenschaftsregister Band II, Blatt 140 ist heute eingetragen worden:

Konsum- und Sparverein Wildbad u. Umgebung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, in Wildbad.

Das Statut ist am 31. August 1919 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die gemeinschaftliche Beschaffung von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im großen und Ab- laß im kleinen gegen Vorzahlung an die Mitglieder.

Zur Förderung des Unternehmens kann auch die Be- arbeitung und Herstellung von Lebens- und Wirtschafts- bedürfnissen in eigenen Betrieben, Annahme von Sparein- lagen und Herstellung von Wohnungen erfolgen. Auch können für die Genossen Rabattverträge mit Gewerbetreibenden geschlossen werden.

Die Haftsumme beträgt 50 M.

Vorstandsmitglieder sind:

Konrad Eugenhan,

G. Trippner und

Christian Bozenhardt, alle in Wildbad.

Die Bekanntmachungen erfolgen im Enztalboten oder im würtl. Genossenschaftsblatt. Sollte die Veröffentlichung in keinem dieser Blätter möglich sein, so tritt der deutsche Reichsanzeiger bis zur Bestimmung anderer Blätter durch die General-Versammlung an ihre Stelle. Das Geschäfts- jahr beginnt am 1. Juli und endet am 30. Juni.

Willensklärungen für die Genossenschaft müssen durch mindestens zwei Vorstandsmitglieder erfolgen.

Zeichnungen erfolgen in der Weise, daß die Zeichen- den zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunter- schrift hinzufügen. Die Einsicht der Liste der Genossen ist in den Dienststunden des Gerichts gerne gestattet.

Den 30. Sept. 1919. Oberamtsrichter Brauer.

Würtl. Amtsgericht Neuenbürg.

Im Handelsregister, Abteilung für Gesellschaften, Band I, Blatt 269, ist heute eingetragen worden:

Hotel-Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Sonne in Wildbad.

Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. September 1919 geschlossen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist die Pachtung und der Betrieb des Hotelwesens zur Sonne in Wildbad, sowie der Anschluß anderweitiger, direkt oder indirekt da- mit zusammenhängender Geschäfte. Die Gesellschaft darf sich an Unternehmungen mit ähnlichen Geschäftszwecken be- teiligen, sie erwerben und sie vertreten.

Das Stammkapital beträgt 20000 M.

Geschäftsführer ist Herr **Peitgen** in Karlsruhe.

Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen im Karlsruher Tageblatt.

Den 27. Sept. 1919. Oberamtsrichter Brauer.

Ev. Dekanatsamt Neuenbürg.

Unter Hinweis auf Konf.-Erlaß vom 10. September d. J. werden die Kirchengemeinderatskollegien beauftragt, gemäß § 8 der Min. Verfügung vom 15. August 1906 die Wahlkommission für die Neuwahl des Kirchengemeinde- rats zu bestellen, die Wählerliste nach Konf.-Erlaß v. 10. v. M., Abs. 4, richtig zu stellen und alsdann eine Woche lang zur Einsichtnahme der Wähler öffentlich aufzulegen. Gemäß § 10 der Min. Verfügung vom 15. August 1906 ist Ort und Zeit der Auflegung der Liste durch Verkündung von den Kanzeln (am Sonntag zuvor) sowie durch Aus- hang bekannt zu geben. Sind innerhalb der Auflegungs- frist Einsprüche gegen die Wählerliste nicht erfolgt, so ist unter Beachtung der durch § 12 der erwähnten Min. Ver- fügung sowie durch § 3 des Konf.-Erlasses vom 16. April 1889 erteilten Vorschriften und unter Bekanntgabe des Art. II. Abs. 2, des Gesetzes vom 13. August 1919 die Ein- ladung der Kirchengemeindeglieder zur Wahlhandlung zu vollziehen. Zwischen dem Ende der Auflegungsfrist und dem Wahltermin muß ein Zeitraum von mindestens 6 Tagen liegen.

Für die Wahl selbst sind §§ 13 ff. der Min. Verfügung vom 15. August 1906 zu befolgen.

Der vom Kirchengemeinderat nach Maßgabe des Konf.- Erlasses vom 10. v. M., Abs. 2 festgesetzte Wahltermin ist bis 15. November d. J. dem Dekanatsamt anzuzeigen.

Bericht über das Wahlergebnis (mit Nachweis über Einhaltung der einzelnen Vorschriften und mit Angabe der durchs Los getroffenen Entscheidung zwischen den auf 3 oder 6 Jahre Gewählten) samt Anzeige über die Verpflichtung der Gewählten ist bis 10. Januar 1920 einzusenden.

Den 6. Oktober 1919, Dekan Uhl.

Ev. Kirchengemeinde Neuenbürg.

Das kirchliche Umlageverzeichnis für das Jahr 1919 ist vom 8. bis 14. Oktober im Amtszimmer des Unterzeich- neten zur Einsichtnahme der Umlagepflichtigen aufgelegt. Die Einsichtnahme der einzelnen Pflichtigen beschränkt sich auf die Gesamtsumme der Umlage, den Betrag des Beteiligten und die der Berechnung zu Grunde gelegten Vermögensverhältnisse desselben.

Dies wird gemäß Artikel 70 des Gef. v. 22. Juli 1906 mit dem Anfügen bekanntgegeben, daß Einsprüche gegen den Ansat und die Höhe der Verziehung, welche nicht binnen der Auflegungsfrist bei dem Kirchengemeinderat vorge- bracht werden, ausgeschlossen sind, soweit die Einsprüche nicht bei den Verwaltungsgerichten geltend gemacht werden wollen.

Den 6. Oktober 1919.

Ev. Stadtpfarramt.
Uhl.

Neuenbürg.

Den Eingang lechter Neu- heiten in garnierten und ungarnierten

Damen- u. Kinder- Hüten

zeige ergebenst an.

Frau E. Gührer,
alte Pforzheimerstr. 358.

Umarbeiten vorjäh. Hüte nach neuen Modellen.

Getragene Filz-, Velour-, Samt- und Plüschhüte werden schnell und schön umgeformt.

Auch Herrenhüte werden zum Umformen, Auffärben und Reinigen angenommen.

Gesucht zum baldigen Ein- tritt nach Heidelberg sauberes, fleißiges

Alleinmädchen

nicht unter 20 Jahren bei guter Bezahlung in bürgerl. Haushalt. Gelegenheit zum Kochenlernen.

Frau Dr. Schaub,
Heidelberg, Berghemerstr. 12.

Jüngeres

Mädchen

für sofort gesucht zu kleiner Familie mit Familienanschluß.

St. Zehe, Obsthandlung,
Stuttgart, Ludwigsstr. 70.

Mädchen gesucht,

welches gut kochen kann u. die Hausarbeit macht, per sofort. Reisekosten werden bei An- nahme vergütet.

Kahn, Karlsruhe, Kreuzstr. 6

Gesucht ein tüchtiges

Zimmermädchen

und ein Küchenmädchen. Offerte an die Enztalger- schäftsstelle unter E. V.

Fleißiges, sauberes

Alleinmädchen,

das kochen kann und alle Haus- arbeiten versteht, bei gutem Lohn und guter Behandlung nach Frankfurt a. M. per sofort gesucht. Off. mit An- gabe der bisherigen Stellung und Lohnforderung erbeten.

Karl Pankhoff Bwe.,
Frankfurt a. M., Karlstr. 17.

Bodenöl,

la. Qualität, A 2.80 pr. Str.

Schmierseife,

la. Qualität, A 1.75 pr. Pfd.

Staab, Liebenzell.

Ich suche sofort zu kaufen für vorgemerzte Käufer.

Pillen,

Fabriken

Geschäfte j. Art.

Sägewerke,

Güter.

M. Dufam, Liegenh. Büro
Karlsruhe, Herrenstr. 38.

„Niffin“ Mk. 1.80

gegen Kopfläuse
Nichts anderes nehmen!
zu haben in den Apotheken.

Forstamt Enztalstelle.

Nadelstamm- Holz-Verkauf.

Am Dienstag, den 14. Okt. vormittags 10^{1/2} Uhr im Gast- haus z. „Waldhorn“ aus den Staatswaldungen: Forsten: Langholz 29 Stm. I, 16 II, 14 III, 9 IV und 5 V St. Sägholz 2 I, 2 II u. 1 III St. Tannen und Fichten: Lang- holz: 1424 I, 713 II, 388 III, 162 IV, 157 V u. 37 VI St. Sägholz: 224 I, 55 II u. 12 III St. Losverzeichnisse un- entgeltlich von der Forstdirek- tion, G. f. D., Stuttgart.

Kirchenchor Neuenbürg.

Dienstag 8^{1/2} Uhr Sing- stunde für alle Mitglieder.

Birkenfeld.

Einige Zentner

Pastorenbirnen

und Butterbirnen

sowie eine Ziege

mit einem Jungen ist zu verkaufen.

Enztalstr., Haus Nr. 16.
Herrenalb.

Gold. Krawattennadel

verloren gegangen. Gegen gute Belohnung abzugeben bei Polizeidiener **Waidner.**

Einige

Büglerinnen

finden dauernden Platz.

Dampfwaschanstalt
Birkenfeld.

Salmbach.

Zugelaufen

zwei Schafe; abzuholen gegen Entschädigung.

M. Lutz.

Feldbrennach.

Habe 2-3 Jtr Edelobst

Graue Butterbirnen

abzugeben. Angeboten steht ent- gegen.

G. Mittschele, Bannwart.

Bettmatten

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. **Wittberger & Co.,**
Stuttgart A. 102.

Offene Beine,

als bössartige Geschwüre, Flechte, Krätze. Machen allen gerne umsonst ein ganz vor- zügliches Mittel gegen alle Hautleiden namhaft. Schmer- zen und Jucken verschwinden.

Franz Osburg,

Heiligenstadt, (Eichsfeld),
Bromenade 818.

12. Große Geld-Lotterie

zur Wiederherstellung der St. Lorenzkirche Nürnberg
Ziehung am 16. u. 17. Oktober 1919
Sämtl. Gew. bar Geld ohne Abzug.

Verlosungskapital 125 000 Mk.

1 Hauptgew. à 50 000, 20 000

10 000 Mk. u. noch 483 3 Gew.

Lose in jeder Anzahl z. Preise von M. 3.50 einschl. Porto u.

Liste, welche Jedem kostenlos zugesandt wird, bei Vorein- sendung 10 Pfg. gegen Nachnahme

25 Pfg. mehr, versendet die Haupt-Lose-Zentrale
E. F. Matthews, Hamburg 21.

DresdnerBank

Aktienkapital und Reserven

M 340 Millionen

Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Waldbrennach, 6. Oktober 1919.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten und Be- kannten die traurige Nachricht mit, daß meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Ratharine Ambühler,

geb. Stichel,

nach langem, schweren Leiden im Alter von 57 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Albert Ambühler.

Friedrich Schickert mit Frau und Kindern.

Philipp Stichel mit Frau und Kindern.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Neuenbürg.

Versammlung der Hausbesitzer.

Zwecks Besprechung über die gegenwärtige Lage d. Hausbesitzer und eventuelle Gründung eines Haus- besitzervereins werden sämtliche Hausbesitzer und ihre Frauen auf Dienstag, den 7. Oktober, abends 7^{1/2} Uhr in das Gasthaus z. „Enztal“ von Herrn Red. freudlich eingeladen. Jeder Hausbesitzer sollte hier anwesend sein.
Mehrere Hausbesitzer.

Baubund-Möbel

vereinen sämtliche Vorzüge

in sich, die der Käufer heute

an Möbel stellen muß.

Günstige Zahlungsbedingungen.

Besichtigung 10-12 und 2-5 Uhr.

Verkaufsstelle Pforzheim,

Gewerbeschule, Emma Jägerstraße Nr. 21.